

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Hauptredaktion: Dresden, R. L. Wartenstraße 28/29

Bezugspreis vom 1. bis 28. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,70 Mk.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Abonnementpreise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 1 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 200 Pf., außerhalb 250 Pf., Offerteneinträge 50 Pf., Ausdrücke aufträge gegen Voranzahlung

Druck u. Verlag: Neff & Reichardt, Dresden, Volzstraße 110, 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit bewill. Quellenangabe (Dresden, Nachr.) zulässig. Unrechtmäßig  
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

## Das Defizitprogramm im Reichskabinett

### Um die Stellung Moldenhauers

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Febr. Das Reichskabinett ist, wie angekündigt, heute vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers zu der entscheidenden Kabinettsitzung zusammengetreten. Dem Kabinett wird Reichsfinanzminister Moldenhauer sein bereits bekanntgegebenes Defizitprogramm vorlegen und den Versuch machen, es durchzusetzen. Dieser Versuch dürfte indessen kaum von Erfolg gekrönt sein. In Berliner politischen Kreisen, die Anhänger des Kabinetts sind, machte sich heute ein Pessimismus bemerkbar, der alle pessimistischen Erregungen der letzten Wochen bei weitem übertrifft. Eine ganz besonders scharfe Sprache gegen Teile des Finanzprogramms führt die Sozialdemokratie, die immerhin die größte Koalitionspartei ist. Sie läßt heute durch ihr Zentralorgan die Gesamtheit des Moldenhauerischen Programms für untragbar erklären und darauf hinweisen, daß dieses Programm eine wesentliche Verschärfung der politischen Situation bedeute. Auch in der demokratischen Presse tippt man auf Krise. Auf der anderen Seite scheint

Moldenhauer entschlossen zu sein, mit seinen Vorschlägen zu stehen und zu fallen. Er hält es für ausgeschlossen, daß auf der Deutschen Volkspartei der Vorwand haften könnte, sie habe es unter sozialdemokratischem Druck geduldet, daß gerade das Entgegengesetzte eintritt, was vorher verkündet worden ist, nämlich eine weitere Belastung der Wirtschaft, statt der vielgepriesenen Steuererleichterung.

Die Lage hat sich in der Mittagsstunde noch weiter dadurch verschärft, daß das Zentrum in den vereinigten Young-Plan-Ausschüssen demonstrativ die Verschlebung der Abkimmungen auf morgen vertagt ließ. Bei dem inzwischen von seiner leichten Erkrankung wieder genesenen Reichsfinanzminister rief dies lebhaften Protest hervor, doch weigerte man sich schließlich, der Forderung des Zentrums, das heute abend noch eine Kabinettsitzung abhalten will, nachzukommen.

Das Zentrum geht bei diesem neuen Druckmittel von der Festlegung aus, daß vor der Abstimmung über den Youngplan und die mit ihm zusammenhängenden Gesetze eine Klärung der finanzpolitischen Lage herbeigeführt werden müsse.

Zwar ist man in der Partei bereits ein Stück zurückgewichen — früher forderte man wesentlich bindendere Beschlüsse, als nur eine Klärung der Finanzlage —, doch reicht der Druck aus, um die im Kabinettsrat an sich schon vorhandenen Schwierigkeiten noch zu vergrößern.

Auch die demokratische Mittagspresse spricht von einer ernsten Situation und unterhält Gerüchte, die auf einen bevorstehenden Rücktritt des Reichsfinanzministers hindeuten. Der Kabinettsrat wurde gegen 1/2 Uhr unterbrochen. Heute nachmittag und morgen soll er weitergehen.

Damit hat sich die Regierung zunächst dem oben geschilderten Druck des Zentrums entzogen.

Wesentlich läßt dieses nun aber die Schlussabstimmung in den Youngplanausschüssen noch weiter hinausschieben. Die für heute abend angedachte Pressekonferenz des Reichsfinanzministers dürfte unter diesen Umständen ausfallen. In der Wilhelmstraße meinte man am frühen Nachmittag, daß im Kabinett eine verhältnismäßig gute Stimmung Platz gegriffen habe. Wie nach Lage der Dinge aber eine Einigung zustande kommen soll, bleibt nach wie vor ein sehr schwieriges Problem.

### Konflikt in der Preußenkoalition

Berlin, 27. Februar. Es scheint beinahe, als ob sich aus dem Ministerwechsel im preussischen Unterrichtsministerium noch weitere politische Folgen ergeben werden. Die Tatsache, daß der Kandidat der sozialdemokratischen Fraktion für diesen Posten, Herr Düntz, durch den Widerstand der demokratischen Fraktion zu Fall gebracht worden ist, hat in sozialdemokratischen Kreisen eine starke Verwirrung ausgegossen und in demokratischen Kreisen hat man, so erklärt das „Berliner Tageblatt“, die Empfindung, als ob dieses Gefühl in einer Art

### Nadelstichpolitik gegen die Demokraten

Ausdruck finden will. Ein Symptom für diese Entwicklung ist u. a. die Auseinandersetzung über die Nachfolger der zurückgetretenen demokratischen Oberpräsidenten von Pommern, Pommern und Pommern. Es scheint uns, so betont das demokratische Blatt, im Interesse der Koalition dringend geboten zu sein, die Auseinandersetzung über die Frage, die prinzipiellen Charakter hat, im Einvernehmen aller Regierungsparteien zu schließen.

Das sei schon deswegen notwendig, damit die Zurückweisung der Angriffe auf die preussische Regierung, wie sie beispielsweise in dem am Freitag zur Abstimmung kommenden Reichsausschuß gegen Innenminister Graefenstauffen enthalten sind, mit voller Bewußtseinheit aller Regierungsparteien erfolgen könne.

### Die Sitzung der Youngausschüsse

Berlin, 27. Febr. Die vereinigten Ausschüsse des Reichstages setzten heute die Beratung der mit dem Geldplan zusammenhängenden Gesetzentwürfe fort. Zum deutsch-belgischen Markabkommen lagen keine Vorberatungen vor. Beim deutsch-amerikanischen Schuldenabkommen führte Abg. Dr. Reichert (D.R.) aus: Ein Vorteil des Abkommens liege darin, daß bei einer Stockung der deutschen Exportabgaben jede Möglichkeit von Sanktionen ausgeräumt sei, während dies den anderen Gläubigern nicht gegenüber sei. Die Deckschuld für einen Zahlungsausfall anverleihen Zinsätze seien leider mit 3% und 5 Prozent mehrmals so hoch, wie die Frankreich und Italien eingeräumten Zinsätze. Dadurch würden die Vorzüge des Abkommens zum großen Teil illusorisch gemacht.

Abg. Dr. Goetsch (Chr.-nat. Arb.) stellte sich auf denselben Standpunkt. Durch die faktische Verbindung der Schuldenverpflichtungen der Allierten gegenüber Amerika mit den Lasten Deutschlands aus dem Youngplan werden wir der indirekte Gesamtschuldner Amerikas.

Ministerialdirektor Dr. Ritter (Ausw. Amt) erklärte, daß Amerika bei den Schuldensunderungsverhandlungen mit seinen früheren Allierten die Kapitalschuld neu leiste und dementsprechend die 2% Jahreszahlungen gekürzt hat, während bei den deutsch-amerikanischen Verhandlungen die Kapitalschuld von vornherein feststand. Es hat sich nur darum gehandelt, die Modalitäten der Zahlungen mit Amerika besonders zu regeln. Dabei sind gegenüber der Regelung des Youngplans einige Verbesserungen erzielt worden, die aber natürlich im Verhältnis zu der Gesamtlast des Youngplans nur von untergeordneter Bedeutung sein können.

Daraus ergibt sich zugleich, daß ein Vergleich zwischen den Zinsätzen, die die Vereinigten Staaten dem Schuldensunderungsabkommen mit Frankreich oder Italien zurunde gestellt haben und den Zinsätzen, die Deutschland im Fall eines Zahlungsmoratoriums zu zahlen hat, nicht angebracht ist.

Die mit Amerika vereinbarten Zinsätze während eines etwaigen Moratoriums können nur verallgemeinert werden mit den Zinsätzen, die der Youngplan für den Fall eines Moratoriums festgelegt hat.

Dabei ist festzustellen, daß die mit Amerika vereinbarten Zinsätze günstiger sind als die des Youngplans. Ob sich die Hoffnungen auf einen amerikanischen Schuldennachlass eines Tages erfüllen, vermag heute kein Mensch zu sagen. Welchesfalls sind sie aber durch das Abkommen verbaut. Die Verschlebung der Normulierung der Sanktionsaufhebung erklärt sich ganz einfach daraus, daß bei dem Abschluß des amerikanischen Abkommens noch nicht feststand, in welcher Weise diese Frage mit den übrigen Mächten abgerechnet wird. In der Sache selbst ist die Regelung gleich, nämlich die, daß es Sanktionen in Zukunft nicht mehr gibt.

Am Donnerstagnachmittag wurde die Beratung der Youngausschüsse in den vereinigten Reichstagsausschüssen zu Ende geführt. Die Abstimmung wird am Freitagvormittag 11 Uhr in den Ausschüssen stattfinden.

## Internationale Waffenshändler verhaftet

### Mädchenhandel Polen-Amerika

Warschau, 27. Febr. Nach langer, mühevoller Zusammenarbeit zwischen der polnischen und der amerikanischen Polizei ist es nun gelungen, eine ausgedehnte Bande internationaler Waffenshändler und Mädchenhändler auszuschließen. Insgesamt wurden in den letzten Tagen 17 Mitglieder dieser Bande in Warschau und 6 in Amerika, darunter der beurlaubte Vizekonsul des amerikanischen Generalkonsulats in Warschau, Harry Dall, verhaftet. Der Führer der Bande scheint ein gewisser, in New York verhafteter Bassin gewesen zu sein, der zahlreiche Scheinehen abschloß, um dann seine jeweilige Frau mit gefälschten Papieren in die Vereinigten Staaten einzuschmuggeln. Er vermittelte auch sonst Einreisen nach Amerika auf Grund gefälschter Pässe, wobei ihm der verhaftete Vizekonsul behilflich gewesen zu sein scheint. Dazwischen erhielt Beträge zwischen 500 und 1000 Dollar.

### Bergebliche Warnung vor Mädchenhändlern

Skandal auf dem Lehrter Bahnhof — Verdächtige Barbiereverträge

Berlin, 27. Februar. Auf dem Lehrter Bahnhof kam es am Mittwochabend gegen 11 Uhr aus einem eigenartigen Anlaß zu schwerem Skandal. Zwölf junge Mädchen waren, zum Teil mit ihren Angehörigen, versammelt, die von einer südamerikanischen Agentur angeblich für zwei Barbiereunternehmungen in Buenos Aires engagiert waren. Trotz

### Wie der Leipziger Waffendiebstahl ausgeführt wurde

Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtm.) Der Waffendiebstahl, der in Leipzig verübt wurde — gestohlen wurden 30 leichte Maschinengewehre ohne Munition —, geschah aus einem Gebäude, das in der Nähe der Katernen liegt, aber nicht zum Kasernenbezirk gehört. Deshalb hat dieses Gebäude auch keine eigene Wache.

Nur eine Streifpatrouille geht in der Nacht mehrfach an den Gebäuden vorbei. Nur so ist es zu verstehen, daß von dem Diebstahl nichts bemerkt worden ist, denn auch zum Beschaffen von 30 leichten Maschinengewehren wäre immerhin eine ganze Anzahl von Personen notwendig. Wahrscheinlich ist ein Matorlakwagen für diesen Zweck gebraucht worden. Die Untersuchung des Falles wird von den Leipziger Behörden ausgeführt. Man nimmt mit Bestimmtheit an, daß hier

eine radikale Vorkorganisation die Hand im Spiel hat. Diese Annahme wird dadurch unterstützt, daß auch in anderen Orten, z. B. Stolp, der Versuch gemacht wurde, in ein Munitionsdepot einzudringen, wobei allerdings zwei Täter verhaftet werden konnten, die als Angehörige der kommunistischen Partei festgestellt wurden.

### Die Probefahrt der „Europa“ beendet

Ruxhauen, 27. Febr. Der Hochgeschwindigkeitsschiff „Europa“ ist nach seiner glänzenden verlaufenen Probefahrt Donnerstag früh nach der Elbmündung zurückgekehrt und beim Feuerschiff „Eibe III“ vor Anker gegangen. Ein Tender des Norddeutschen Lloyd brachte zahlreiche Angestellte der Reederei und der Werft Blohm & Voß an Bord der „Europa“, die gegen Mittag in Bremerhaven einlief.

### Heimkehr der „Monte-Cerrantes“-Besatzung

Damburg, 27. Februar. (Eig. Drahtm.) Die Besatzung des im Beagle-Kanal an der Südpolregion Argentinien untergegangenen Motorischiffes „Monte Cerrantes“ ist heute an Bord des Schwertschiffes „Monte Sarmiento“ im hiesigen Hafen eingetroffen. Es handelt sich um einige hundert Mann, zu deren Verankerung sich zahlreiche Angehörige und Freunde am Hafen eingefunden hatten. Von ihrem persönlichen Gepäck hat die Schiffbesatzung nur wenig bergen können. Ein großer Teil der Leute ist ohne Mantel in Damburg eingetroffen. Ein anderer Teil konnte von Fahrgästen mit warmen Kleidungsstücken versehen werden.

### Ein deutscher Schritt in Lissabon

Berlin, 27. Febr. (Eigene Meldung.) Im Zusammenhang mit dem von Portugal an eine französische Luftverkehrsgesellschaft gegebenen Monopol für einen Transozeanverkehr nach Südamerika, gegen das der Verband der Vereinigten Staaten Einspruch erhob, hat auch der deutsche Gesandte in Lissabon, v. Balligand, entsprechende Schritte bei der portugiesischen Regierung unternommen. Es handelt sich bei diesem Schritt nicht um einen formellen Protest, sondern um eine informatorische Maßnahme des Vertreters des Deutschen Reiches mit dem Staatssekretär des portugiesischen Auswärtigen Amtes.

der Bemühungen amtlicher Stellen war es nicht gelungen, die Mädchen von der Annahme des Engagements zurückzuhalten. Die Agentin, die schon im vorigen Jahre eine größere Gruppe Berliner Mädchen nach Südamerika gebracht hatte, hatte jetzt wieder

### Verträge abgeschlossen, die den Zweck des Unternehmens keineswegs einwandfrei erscheinen lassen.

Da die Polizei aber keine Handhabe zum Einschreiten hatte, mußte sie es mit ansehen, daß Mittwochabend wieder junge Mädchen nach Damburg abreisten, um von dort nach Buenos Aires zu gelangen. Vor der abstrichen Abreise waren aber mehrere Angehörige der Mädchen so gewarnt worden, daß sie Verdacht schöpften. Als sich am Mittwochabend die Mädchen zur Abreise versammelten, kam es zu

bestritten Auseinandersetzungen mit der Leiterin des Unternehmens.

Die Angestellten der Agentin wurden von den Angehörigen bedroht, und es kam zu einer Schlägerei, der erst durch Schutzpolizisten ein Ende gemacht werden konnte. Unter dem Eindruck dieses Vorfalls entschlossen sich drei Mädchen, von der Abreise nach Buenos Aires Abstand zu nehmen. Ein minderjähriges Mädchen, das seinen Eltern entlaufen war, hielt die Polizei zurück. Die übrigen neun führen mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Damburg. Es wurde auch bekannt, daß

keines der Mädchen überhaupt den Inhalt des Vertrages nach Buenos Aires kennt. Die Truppe, die von dem Berliner argentinischen Generalkonsul das Visum verweigert worden ist, reißt ohne Visum zunächst bis Montevideo.